

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

326

II. Ausgabe

Wien, am 1. Dezember 1932.

## Der städtische Voranschlag für das Jahr 1933.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Spezialdebatte über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1933 fort.

Den Bericht über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform erstattete Stadtrat Speiser; der Referent führt aus, dass der gesamte Personalaufwand für das Jahr 1933 mit 180'80 Millionen Schilling veranschlagt sei. Auf die Aktivbezüge entfallen 129'62 Millionen Schilling, auf die Ruhe- und Versorgungsgenüsse 51'17 Millionen Schilling. Der Voranschlag umfasse die Bezüge von insgesamt 35.496 Personen, und zwar von 24.644 aktiven Angestellten und von 10.852 Pensionsparteien.

Stadtrat Dr. Alma Motzko verlangt die Anstellung von Junglehrern, Stadtrat Frauenfeld beschäftigt sich mit der Frage der Dienstkleider, worauf nach dem Schlusswort des Berichterstatters die Positionen der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform genehmigt werden.

Stadtrat Professor Dr. Tandler referiert über die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung; er berichtet unter anderem, dass die Arbeitslosigkeit für die gesamte Fürsorgetätigkeit ausschlaggebend sei; sie bedinge beispielsweise eine ungeheure Zunahme jener Kinder, die von den Eltern nicht mehr erhalten werden können. Die Zahl solcher Kinder sei in der letzten Zeit von 23.000 auf 35.000 gestiegen. Die Arbeitslosigkeit wirke sich auch auf die Gesundheit der Kinder und Erwachsenen und damit auf die Spitäler aus. Die Rachitis nehme zu, der Kampf gegen die Tuberkulose müsse verschärft werden. Wieviel Menschen sich heute an die Fürsorge der Gemeinde wenden, zeigen die Anmeldungen für die "Winterhilfe"; bis jetzt haben sich 42.140 Menschen um Aushilfen gemeldet. Ueber den Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung sei zu sagen, dass im Vorjahre in Wien 3.930 Menschen an Krebs und 3.158 an Tuberkulose gestorben seien. In den ersten acht Monaten des heurigen Jahres seien in Wien 11.966 Lebendgeburten zu verzeichnen gewesen; in der gleichen Zeit seien 4.259 Menschen an Herz- und Gefäßkrankheiten, 2.851 an Krebs und 2.177 an Tuberkulose gestorben. Die Aufwendungen für das Radiuminstitut in Lainz seien vollauf gerechtfertigt; die Zahl der Patienten, die bis jetzt im Strahleninstitut in Pflege standen, betrage 13.073, die Zahl der Menschen, die dessen Ambulanz aufgesucht haben, 3.648 und die Zahl der Personen, die in den Beratungsstellen für Geschwulstkranken vorgesprochen haben, 833. Diese Zahlen rechtfertigen die Aufwendungen für die Bekämpfung des Carcinoms.

Stadträtin Dr. Motzko kritisiert, dass auf wichtigen Zweigen der Fürsorge schwere Kürzungen erfolgen; dies stehe mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Not in schärfstem Widerspruch. Von den Kürzungen werde auch die Spitäler und Anstalten betroffen, Massnahmen, die absolut nicht gerechtfertigt werden können. Es werden sowohl in der offenen wie auch in der geschlossenen Fürsorge rücksichtslos Einsparungen vorgenommen. Die Behandlung von Pfléglingen in den Versorgungshäusern lasse viel zu wünschen übrig; die Versorgungsheime seien keine Strafanstalten, die Behandlung der Pfléglinge müsse daher eine humane sein. Die Kürzung oder Streichung von Pflegebeiträgen müsse ebenso entschieden abgelehnt werden wie die Kürzung oder Streichung der Pfründen.

Stadtrat Frauenfeld bemerkt, dass die Not der Bevölkerung

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

immer grösser werde; die Kürzungen im Wohlfahrtsbudget stehen diesen Tatsachen gegenüber im schärfsten Widerspruch. Die Einsparungen hätten unter keinen Umständen in der Fürsorge erfolgen dürfen, sie hätten dort vorgenommen werden müssen, wo sie gerechtfertigt seien. Obwohl zum Beispiel die Zahl der Betten in den Obdachlosenheimen von 2.348 auf 2.810 gestiegen sei seien bei den Aufwendungen für die Obdachlosenheime bedeutende Abstriche gemacht worden. Da zu erwarten sei, dass die Tuberkulose in der nächsten Zeit infolge der Unterernährung der heranwachsenden Jugend zunehmen werde, müssten die Aufwendungen für den Kampf gegen die Tuberkulose zumindest auf der gleichen Höhe wie früher gehalten, wenn nicht gesteigert werden. Der Redner verlangt schliesslich Aufklärung über die Verteilung der Subventionen und der Stipendien.

Stadtrat Kunschak verlangt Aufklärung über die Schliessung der Heilstätte San Pelagio, da die Devisenvorschriften für die Schliessung dieses Heimes keineswegs massgebend sein können. Die Verpflegskosten seien bedauerlicherweise herabgesetzt worden; sie müssen wieder auf die alte Höhe von 2'70 Schilling gebracht werden, da die privaten Anstalten mit den derzeitigen Verpflegskosten einfach nicht auskommen können.

Gemeinderat Dr. Hanke verlangt Auskunft über die Zusammensetzung des Sportbeirates, worauf Stadtrat Professor Dr. Tandler die an ihn gestellten Anfragen beantwortet. Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Fürsorge werden hierauf genehmigt.

Ueber die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen berichtet Stadtrat Weber, der ausführt, dass die Bruttoausgaben mit 55'14 Millionen Schilling präliminiert seien, um rund 4'5 Millionen Schilling weniger als im Jahre 1932. Von diesen Ausgaben entfallen 40'59 Millionen Schilling für den Wohnhausbau. Davon werden 24 Millionen Schilling für die Fertigstellung der in Bau befindlichen Wohnhäuser Verwendung finden und 16'5 Millionen Schilling seien für die Inangriffnahme von rund 4000 Wohnungen bestimmt. Durch den starken Rückgang der Baukosten im allgemeinen und sparsamste Ausführung sei es gelungen, die Durchschnittskosten einer Wohnung auf rund 10.000 Schilling herabzudrücken, so dass mit dem Ertrage der Wohnbausteuer mindestens 4.000 Wohnungen erstellt werden können. Im laufenden Jahr wurden beziehungsweise werden bis 31. Dezember auf 38 Baustellen 5.617 Wohnungen fertiggestellt sein; im Bau werden sich am 31. Dezember auf 29 Baustellen 4.902 Wohnungen befinden. Die Abrechnung der fertigen Bauten nimmt einen befriedigenden Fortgang. Von insgesamt 318 Bauten sind bereits 290 von den technischen Magistrats-Abteilungen bilanziert und vollkommen abgerechnet.

Die Mietzinseingänge seien zufriedenstellend und die Mietzinsrückstände keineswegs hoch. Der Mietzinsrückstand aus der Zeit vor 1932 betrug am 31. Dezember 78.678 Schilling; der Mietzinsrückstand aus dem Jahre 1932 beträgt 152.738 Schilling, zusammen 2'23 Prozent der gesamten Mietzinsvorschreibung. Wenn man bedenkt, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im laufenden Jahr ausserordentlich verschärft haben, sei dieser Rückstand gewiss erträglich. Das Einvernehmen der städtischen Wohnhäuserverwaltung mit den rund 64.877 Wohnparteien sei das denkbar beste; das bestätige die Tatsache, dass auch in diesem Jahr insgesamt nur 172 Kündigungen erforderlich waren.

Die Inanspruchnahme des Wohnungsamtes sei nach wie vor überaus stark, stärker als meines Erachtens im Wohnungsmangel begründet sei. Das sei aber leicht erklärlich, es strebe eben jeder Wohnungssuchende vor allem eine gesunde, billige Gemeindewohnung an oder versuche, seine derzeit oft teure und ungenügende Haupt- oder Untermietwohnung in eine Gemeindewohnung

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

einzutauschen. Ueber die Nachfrage am Wohnungsmarkt geben vor allem die gerichtlichen Kündigungen und die Haushaltsgründungen Aufschluss. Bei den Wiener Bezirksgerichten erfolgten von Jänner bis Oktober durchschnittlich pro Monat 1600 Kündigungen. Davon entfallen  $\frac{2}{3}$  auf Hauptmieter und  $\frac{1}{3}$  auf Untermieter.

Die Eheschliessungen seien gegenüber dem Vorjahre um 1000 zurückgeblieben. Es wurden vom Jänner bis Oktober 12.651 Haushalte gegründet, das sind im Monat durchschnittlich 1.260 Eheschliessungen.

Vom Jänner bis Oktober 1932 seien insgesamt 6.128 Parteien mit ihren Ansprüchen befriedigt worden. Davon 3.793 in Neubauten, 838 in städtischen Althäusern und 1.497 in Privathäusern. Am 31. Oktober waren beim Wohnungsamt 9.255 Wohnungssuchende vorgemerkt. Ausserdem erliegen am Wohnungsamt 115.000 Tauschansuchen von Parteien, die eine Gemeindewohnung an Stelle der alten Wohnung anstreben.

Stadtrat Kunschak beschäftigt sich ausführlich mit der Finanzierung des Wohnbaues, mit der Tätigkeit des Wohnungsamtes und kritisiert die Praxis der Wohnhäuserverwaltung bei der Vergebung der Wohnungen. Er wünscht die Aufstellung von Normen, die eine klaglose Abwicklung dieser Tätigkeit gewährleisten. Bei der Zuweisung von Wohnungswerbern in Privathäusern sollen auch die Wünsche der Hausbesitzer berücksichtigt werden. Wenn die Fehler, die jetzt gemacht werden, wegfallen, würden mehr freierwerdende Wohnungen von den Hausbesitzern dem Wohnungsamte zur Verfügung gestellt werden als bisher. Bei Wohnungstauschen kommen merkwürdige Dinge vor; Mängel auf diesen Gebieten sollten ebenfalls abgestellt werden.

Stadträtin Dr. Motzko tadelt, dass vom Wohnungsamte Wohnungen weitervergeben werden, die unbewohnbar sind, und wünscht Aufklärung über die Fortsetzung der Stadtrandsiedlung. Die Rednerin beantragt, dass in den städtischen Wohnhausanlagen Wohnungen nur an solche Parteien vergeben werden sollen, deren Einkommen 420 Schilling pro Monat, bei kinderreichen Familien (mehr als drei Kinder) 480 Schilling pro Monat nicht übersteigt. In allen Fällen von Wohnungszuteilungen sind kinderreiche Familien vorzuziehen.

Stadtrat Frauenfeld bezeichnet es als Misstand, dass einerseits viele hunderte Wohnungen in Wien leerstehen, andererseits aber die Zahl der Wohnungssuchenden beim städtischen Wohnungsamt ständig zunehme. Der Wohnbaupolitik der Gemeinde müssen also Fehler anhaften, die einen Erfolg von vorne herein unmöglich machen. Im übrigen werde die nationalsozialistische Fraktion zur Wohnbaupolitik der Gemeinde im Plenum ausführlich Stellung nehmen.

Nach dem Schlusswort des Referenten, der hervorhebt, dass es in Wien 70.000 einräumige Wohnungen gibt, deren Mieter ebenso wie hunderte von Untermietern das Wohnungsamt um die Zuweisung einer Wohnung bestürmen, werden die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen genehmigt; der Antrag Dr. Motzko wird abgelehnt.

Ueber die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten referiert Stadtrat Richter. Er führt aus, dass beim Bäderbetrieb die Errichtung eines neuen Kinderfreibades und die Ausgestaltung von zwei Sommerbädern vorgesehen sei. Hinsichtlich der Elektrifizierung der öffentlichen Beleuchtung berichtet der Referent, dass die Bezirke VI und VII bereits ausgebaut seien. Nach Durchföhrung des Programmes für 1933 werden auch die Bezirke IV, V, VIII und XVI ausschliesslich elektrisch beleuchtet sein.

Stadtrat Kunschak bespricht die Frage der Sicherung eines ausreichenden Wasserversorgung. Der Wasserkonsum sei in den letzten Jahren in Wien rasend gestiegen; das gebe für die Zukunft sehr zu bedenken.

Stadträtin Dr. Motzko bemerkt, dass die Coloniazüge sich heute nicht mehr viel vom alten Mistbauer unterscheiden; die Erhaltung und Instandsetzung der Coloniazüge lasse sehr viel zu wünschen übrig. Rednerin beantragt die Auflassung der Dampfwascherei.

Stadtrat Richter erwidert, dass für die Sicherung des Wasserbedarfes ausreichend vorgesorgt sei. Für eine dritte Hochquellenleitung kämen nur die Ennsquellen in Betracht. Die Coloniazüge funktionieren in Ordnung, der Mechanismus sei vollkommen intakt.

Die Positionen der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten werden genehmigt, der Antrag Motzko wird abgelehnt.

St. R. Linder referiert über die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen; Stadträtin Dr. Motzko beantragt die Auflassung der städtischen Wascherei, worauf die Positionen der Verwaltungsgruppe angenommen, der Antrag Motzko abgelehnt wird.